

Laurence McFalls

Die kulturelle Vereinigung Deutschlands

Ostdeutsche politische und Alltagskultur vom real existierenden Sozialismus zur postmodernen kapitalistischen Konsumkultur

Die nationale Einheit Deutschlands wurde im Jahr 1990 durch den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland erreicht, die kulturelle steht nach vorherrschender Meinung noch aus. Dass die kulturelle Vereinigung erst über mehrere Generationen gelingen werde, ist bereits Mythos geworden. Die sogenannte Mauer in den Köpfen sei schwieriger abzubauen als die Grenze, die die beiden deutschen Gesellschaften bis zur Wende trennte, heißt es. Ich möchte dieser Meinung widersprechen und die These vertreten, dass die kulturelle Vereinigung Deutschlands sich schon vor einigen Jahren vollzogen hat – nur hat es bislang kaum jemand gemerkt! Diese These werde ich anhand der Ergebnisse einer achtjährigen Langzeitstudie empirisch belegen und dann theoretisch erläutern.

I.

Mit der Behauptung, dass der kulturelle Vereinigungsprozess abgeschlossen ist, meine ich nicht, dass alle subjektiven Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen aufgehoben worden sind. Das wäre ebenso unwahrscheinlich wie nicht wünschenswert. Ich verfechte vielmehr die These, dass Ostdeutsche längst ein ganz neues Repertoire an Fähigkeiten erworben haben, die meisten von ihnen unbewusst. Sie haben gelernt, in einer Gesellschaftsstruktur zu leben, die sich durch hohe geographische und soziale Mobilität auszeichnet; die auf Flexibilisierung und berufliche Unsicherheiten baut sowie auf das Bewusstsein der globalen Kräfte des Marktes, dem sie sich zunehmend unterordnen; eine Struktur, die erhöhte Individualisierung und soziale Fragmentierung fördert, deren Kommunikationsnetz sich nahezu ausschließlich aus den kommerzialisierten elektronischen Massenmedien speist und die das wachsende Konsumpotential als vorrangige Größe für soziale Legitimation begreift. Eine solche Gesellschaftsordnung ist den Mitgliedern hoch entwickelter, postindustrieller, westlicher Gesellschaften geläufig, ebenso die mit ihr verbundenen Werte, für die Ostdeutschen ist sie neu. Die damit verbundenen Anforderungen stellen einen radikalen Bruch mit

ihrer bisherigen Lebenserfahrung dar, die sich an einer stagnierenden, wenn nicht gar statischen, äußerst kargen sozioökonomischen Gemeinschaftsordnung orientierte. Dank der durch die Einheit induzierten Schocktherapie waren die Ostdeutschen jedoch nicht nur zur raschen Anpassung an irgendein System gezwungen, sondern an eine spätkapitalistische Konsumgesellschaft in Reinform. Dieser Crashkurs in postmodernem Wirtschaftsgebaren katapultierte die „Ossis“ sozusagen von heute auf morgen auf den gemeinschaftlichen Weg mit den „Wessis“ in die globalisierte neoliberale Gesellschaft, diesen allerdings des raschen Anpassungsdrucks und der Mobilitätserfahrung wegen immer eine Nasenlänge voraus.

Ich stütze diese Behauptung auf die Ergebnisse einer achtjährigen Feldstudie, der die Befragung von Ostdeutschen zu ihren Erfahrungen mit der deutschen Einheit zugrunde liegt. Zwischen 1990 und 1991 befragte ich 202 zufällig ausgewählte frühere DDR-Bürger und -Bürgerinnen sämtlicher Altersgruppen und unterschiedlicher sozioökonomischer Vorbedingungen aus vier Regionen: aus dem südlichen Thüringen, dem Dreistädte-Eck Halle-Leipzig-Jena, aus Ost-Berlin und aus Vorpommern. In ausführlichen und persönlichen Interviews mit jeweils über 200 offenen und geschlossenen Fragen erfuhr ich Einzelheiten aus dem Leben, den Erfahrungen und den politischen Positionen meiner Gesprächspartner zu den abrupten Ereignissen der so genannten Wende zwischen 1989 und 1990. Außerdem berichteten sie über ihre ersten Eindrücke von der Wiedervereinigung¹. Drei Jahre später wiederholte ich die Befragung bei 40 der ursprünglichen Gesprächspartner, um ihren Erfahrungen mit dem raschen sozialen Umbau seit dem Zusammengehen der beiden Staaten nachzugehen, und 1998 konnte ich sogar 80 der Erstbefragten ausfindig machen und sie über den weiteren Verlauf der Anpassung an die neuen sozialen Verhältnisse befragen. Während ich die Betroffenen in den Jahren 1990 bis 1991 noch in vorsichtiger, aber zustimmender Erwartung hinsichtlich der dramatischen Lebens-

¹ Vgl. Laurence McFalls, *Communism's Collapse, Democracy's Demise? The Cultural Context and Consequences of the East German Revolution*, New York 1995.

Veränderungen antraf, waren sie 1994 bereits wieder so weit, sich mit dem alten System auszusöhnen. Ihre intellektuelle Einstellung zu den neuen Anforderungen hatte wieder Raum für die emotionale Verbundenheit mit Teilen der alten Ordnung geschaffen². 1998 schien es mir schließlich offensichtlich, dass meine Gesprächspartner aufgrund der frappierenden Ähnlichkeiten ihrer Erlebnisse und Einstellungen am Ziel „angekommen“ und sich ihrer neuen *Lebenswelt* dauerhaft angepasst hatten³. Dabei identifizierten sie sich zumindest teilweise mit der DDR-Vergangenheit und den Werten des alten Systems und waren selbstverständlich von ihren westdeutschen Landsleuten unterscheidbar. Ihr kultureller Bezugsrahmen hatte jedoch gänzlich gewechselt und enthielt jetzt auch die Formen der postindustriellen, postmodernen gesellschaftlichen Realität.

Das Bild vom so genannten „Durchschnittsossi“, das meine Interviews zu Tage förderten, korrespondiert keineswegs mit gängigen Stereotypen, dennoch ist es auffallend vertraut: Die Ostdeutschen sind keine nostalgischen Nörgler, widerstrebend jeder Neuerung gegenüber und gezeichnet vom sozialistischen Unrechtssystem, wie dies die westlichen Medien und Wissenschaftler gerne streuen⁴. Stattdessen geben sie das typische Bild der gequälten, besorgten, sozial isolierten, politisch desillusionierten, dafür umso eifriger konsumierenden Bürger einer postindustriellen Gesellschaft um die Jahrtausendwende ab. Tatsächlich behaupte ich, dass die Ostdeutschen die Überleitung vom Sozialismus in den Kapitalismus längst persönlich vollzogen haben: vollzogen, nicht *nach*-vollzogen. Mit anderen Worten: Der kulturelle Einigungsprozess ist zwar de facto abgeschlossen, wird von seinen Trägern jedoch noch nicht entsprechend empfunden und intellektuell umgesetzt. Mit dieser Behauptung stehe ich freilich im Widerspruch zur Meinung der Befragten, die alle explizit bestritten, dass der Prozess der deutschen Einigung abgeschlossen sei. Ob jung oder alt, arm oder

reich, allesamt waren sie der Ansicht, dass sie das Ende des deutsch-deutschen Zusammenwachsens nicht mehr zu Lebzeiten erfahren würden. Denn ihrer Sicht der Dinge zufolge würde eine entsprechende Schließung der deutschen Doppelakte die Uniformierung und Standardisierung der Lebensbedingungen und Mentalitäten der Menschen aus den alten und den neuen Ländern bedeuten⁵. Sie hatten noch nicht realisiert, dass es ihnen längst gelungen war, den Westen zu überholen, ohne ihn einzuholen – wie es einst von Walter Ulbricht propagiert worden ist!

In einem kurzen Aufsatz lassen sich die Ergebnisse von über 200 Interviewstunden kaum zusammenfassen⁶. Zwei repräsentative Anekdoten und die Antworten der gesamten Befragungsgruppe auf einige Fragen können aber wichtige Einsichten bieten. In Halle sprach ich mit einem Ehepaar, das typische Nachwendeerfahrungen mit Arbeitslosigkeit, Umschulungen und Vorruhestand gesammelt hatte. Die Frau erzählte, dass sie zu DDR-Zeiten die seelische Belastung, die Arbeitslosigkeit mit sich bringen kann, nie begriffen hätte. *„Wir waren damals bestens über die Bundesrepublik durch Westfernsehen und Westbesuch informiert. Wir haben aber nie verstanden, wie die Westdeutschen sich über Arbeitslosigkeit beschweren konnten, denn wir sahen, dass die Arbeitslosen mit dem eigenen Auto zum Arbeitsamt gefahren sind.“* Nur wenige Minuten nach dieser Erklärung schob ihr Mann den Satz nach: *„Heute bekommen wir keinen Parkplatz am Arbeitsamt in Halle.“* Mit dieser Bemerkung fasste er vielleicht am besten die heutige Lage der Ostdeutschen zusammen. Sie sind in der neuen Gesellschaft, und zwar mitten in ihrem Hauptwiderspruch, gelandet: existenzielle Unsicherheit bei materiellem Überfluss.

Eine weitere Anekdote mag dieses Bild ergänzen: Eine Befragte in der Nähe von Jena erzählte mir von politischen Enttäuschungen, Arbeitsproblemen und all den seelischen Belastungen, die der Fall der Mauer in ihrer Familie mit sich brachte. Als sie aber eine persönliche Bilanz der Vereinigung zog, fiel diese – wie übrigens bei fast allen Befragten – positiv aus, denn schließlich würde sie sich doch freuen, dass sie nun zum Geburtstag im Januar immer frische Blumen auf den Tisch

2 Vgl. ders., *Political Culture, Partisan Strategies, and the PDS: Prospects for an Eastern German Party*, in: *German Politics and Society*, Band 17, (Frühjahr 1995) 1.

3 Obwohl es statistisch gesehen unwahrscheinlich sein mag, dass die Ergebnisse von bei 80 Ostdeutschen durchgeführten Befragungen mit all ihren Nuancen für die Gesamtbevölkerung repräsentativ ist, stimmen die Aussagen der überwältigenden Mehrheit der Befragten hinsichtlich der zentralen Fragenkomplexe dennoch auf bemerkenswerte Weise miteinander überein.

4 Vgl. Detlef Pollack, *Das Bedürfnis nach sozialer Anerkennung: Der Wandel der Akzeptanz von Demokratie und Marktwirtschaft in Ostdeutschland*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 13/97, S. 3–14. Der ostdeutsche Soziologe widerlegt, was er die „Deformationsthese“ und ihre „Annahme der Persistenz“ nennt, die von westlichen Wissenschaftlern und Medien kolportiert werden.

5 Nur einer der Befragten gab eine erheiternde und originelle Antwort auf meine Frage: „Wann wird Ihrer Ansicht nach der Prozess der deutschen Einheit abgeschlossen sein?“ (bzw. falls bereits geschehen: „Wie und wann ist Ihnen bewusst geworden, dass die Einheit vollzogen wurde?“). Ein Elektroingenieur aus Ostberlin antwortete daraufhin: „Sie haben mich nun schon 7 Jahre mit diesen Fragen verfolgt. Wenn Sie nicht mehr hier auftauchen werden, dann endlich weiß ich, dass die Einheit geschafft ist.“

6 Vgl. Laurence McFalls, *Eastern Germany Transformed*, in: *German Politics and Society*, Band 21, (Sommer 1999) 2.

bekäme. Anders gesagt: Die Blumen kommen, auch ohne dass sich die „blühenden Landschaften“ des alten Kanzlers realisiert hätten, stets frisch auf den Tisch.

Solche Antworten auf meine Fragen untermauern die Behauptung, dass sich die Ostdeutschen in die Widersprüchlichkeiten der spätindustriellen Überflusgesellschaft eingelebt haben. Zu meinem Erstaunen vermochten nur die wenigsten meiner Befragten von größeren Schwierigkeiten bei der Umgestaltung ihres Lebens seit der Wende zu berichten. Obwohl fast jeder die Vereinigung der beiden Staaten als einen wichtigen Einschnitt in der persönlichen Biographie erlebt hat, blieben die meisten dabei, dass sie fast nahtlos, das heißt ohne bemerkenswerte Brüche im Lebensgefühl, in der gesamtdeutschen Gesellschaft angekommen seien. Aus diesem Grund hatten sie auch Schwierigkeiten, sich eindeutig als Gewinner oder Verlierer einzustufen. Klare Gewinne oder Verluste wären als Bruch empfunden worden.

Interessant sind in diesem Zusammenhang ferner die Antworten auf meine abschließenden Fragen, welche meine Gesprächspartner dazu bewegen sollten, den historischen Prozess der letzten zehn Jahre zu reflektieren. Darauf gaben sie überwiegend an, dass sie heute ein ganz anderes Verhältnis zu ihren Mitmenschen, zur Zeit, sogar zu ihrem Körper hätten und ihre Zukunftserwartungen auch nicht mehr die gleichen wären. Sie seien sozusagen in eine neue Kultur geschlüpft. Die Tatsache, dass ihnen diese radikale Andersheit vorher nicht aufgefallen war, werte ich als Zeichen dafür, dass ihnen die neue kulturelle Wertigkeit im Alltag schlicht selbstverständlich wurde.

Es lohnt sich, einige Details, die zu dieser Schlussfolgerung führten, wiederzugeben. Als ich gegen Ende meiner Umfrage wissen wollte, ob sie die DDR vermissen würden, antworteten alle Befragten ausnahmslos mit nein, fügten jedoch sofort ungefragt etliche Beispiele für Lebensformen an, die ihnen heute fehlen würden. Erwähnung fand etwa der viel langsamere und stressfreiere Lebens- und Arbeitsrhythmus. Diese Antwort war insofern frappierend, als sie mir zeigte, dass meinen Gesprächspartnern erst durch die von mir provozierten Fragen wieder bewusst wurde, dass sie einst ein anderes Zeitmaß besaßen. Der Maßstab ihrer Bewertung hatte sich also, wenn auch unfreiwillig, geändert. Ihre heutigen Vorstellungen entsprachen dem Kanon der neuen gesellschaftlichen Verhältnisse und konnten nur durch ungewohnte Abläufe „aufgebrochen“ und in der Erinnerung auf das alte Maß zurückgeschraubt werden.

Ein anderes Beispiel ziehe ich aus zwei unabhängig voneinander geführten Interviews. Beide

Gesprächspartner gaben an, die weit verbreiteten Nacktbadestrände der DDR zu vermissen. Sie berichteten, dass in den achtziger Jahren jeder Strand eine Option fürs Kleidertragen hatte, die Badenden also völlig frei in ihrer Entscheidung waren. Die Ostdeutschen hätten daraufhin nur sehr wenige Probleme mit „Spannern“ gehabt. Seit der Vereinigung seien die Strände jedoch wieder strikt unterteilt worden, was dazu geführt habe, dass sich viel weniger Menschen fürs Nacktbaden entschieden. Die neue Badeordnung, die dem Standard der alten BRD-Etikette entspricht, hatte so gesehen ein anderes Körperbewusstsein zur Folge. Man ist heute insgesamt besorgter um sein Aussehen. Wie bei der Erinnerung an die alte Langsamkeit zeitigte die Erinnerung an die alten Gewohnheiten der Körpersprache, dass sich die neue Ordnung verfestigt hatte und von den Befragten verinnerlicht worden war.

Die neue soziale Struktur sowie die neue Kultur, zu der die Ostdeutschen heute gehören, ist selbstverständlich nahezu identisch mit derjenigen Westdeutschlands, selbst mit derjenigen Nordamerikas. Den Neubundesbürgern erscheint diese Ordnung jedoch in einem grelleren Licht, und sie erfahren deren kulturelle Widersprüche viel zugespitzter als die Bürger der alten Bundesrepublik. Einige der Befragten, die sehr gesellschaftskritisch waren, gaben an, ähnlich extreme Erfahrungen bereits kurz vor dem Zusammenbruch des alten Staates gemacht zu haben. Damals waren es die Widersprüche zwischen den schönen Parolen der sozialistischen Ideologie und dem trüben Alltag; heute fällt ihnen der Widerspruch zwischen den zeitsparenden Annehmlichkeiten einer hochmodernen Gesellschaft und dem immer eklatanteren Zeitmangel oder der Widerspruch zwischen Überstunden und Arbeitslosigkeit auf. Auch die Untragbarkeit einer primär wachstumsorientierten Politik – auf Kosten des ökologischen Gleichgewichts und der Schwellenländer – ist ihnen schnell bewusst geworden. Die meisten Befragten äußerten jedoch nur das typische Unbehagen, das die Postmoderne begleitet, seit mit dem Ende der Moderne auch ihr Fortschrittsglaube erschüttert wurde. Ganz gleich, wie der Einzelne den postmodernen Rahmenbedingungen gegenübersteht, ganz gleich, ob er sie überhaupt anerkennt, orientiert sich der Ostdeutsche wie seine Landsleute im Westen an ihren ungeschriebenen Gesetzen und mischt in der vordersten Reihe der Trendsetter mit, hilft eine Gesellschaft mitbauen, die zunehmend auf soziale und geographische Beweglichkeit setzt, ein hohes Maß an wirtschaftlicher Dynamik und Flexibilität anstrebt und die damit verbundenen Unwägbarkeiten in Kauf nimmt, eine Gesellschaft, die soziale Desintegration, kul-

turelle Fragmentierung, Entpolitisierung und den Zerfall traditioneller Parteibindungen produziert.

II.

Verkürzt gesagt zeugen meine Interviews zwischen 1990 und 1998 von einer bemerkenswerten Umschichtung der kulturellen Werte der Menschen auf dem Gebiet der einstigen DDR. Solch ein dramatischer Wechsel verlangt nach Erklärung. Je nach theoretischem Vorverständnis über die Beschaffenheit der menschlichen Natur mag die Begründung für diesen atemberaubenden Wechsel subjektiver Ausrichtung entweder als selbstverständlich oder als unbegreiflich ausfallen. Gehen wir mit den Annahmen derjenigen Theoretiker, die wie die Vertreter der *Rational choice*-Theorie eine rationale Erklärung liefern und behaupten, dass die Verfolgung von Eigeninteressen von der Vernunft gesteuert ist und den größten Teil des menschlichen Sozialverhaltens bestimmt⁷, dann wäre die rasche ostdeutsche Angleichung an die Anforderungen der postindustriellen kapitalistischen Konsumgesellschaft kein Problem; vor allem weil der Ad-hoc-Transfer von westdeutschen Fachkräften und Institutionen in den Osten es offensichtlich machte, worin die „wahren“ Interessen der rational handelnden Akteure lagen. Gehen wir jedoch umgekehrt von der Annahme kultursoziologischer Theoretiker aus, der zufolge das Individuum in Übereinstimmung mit tief verankerten subjektiven Dispositionen handelt, die das ganze Leben hindurch vermöge wachsender Sozialisierungs- und Lernprozesse erworben werden⁸, dann wäre der abrupte Orientierungswechsel, wie in meinen Interviews belegt, entweder ein rein oberflächliches oder ein unbegreifbares Verhalten. Allerdings enthält jeder theoretische Ansatz einen wahren Kern. So lässt sich denn auch aus meinen Interviews ein Verhalten ablesen, das gleichzeitig als rational und irrational interpretiert werden kann und von Menschen zeugt, die das rationale Bedürfnis äußern, sich aus diesen und jenen Gründen neuen Normen anpassen zu wollen, gefühlsmäßig jedoch den alten Werten verbunden bleiben und dabei durchaus bequem mit diesem Widerspruch leben. Wir können jedoch andererseits nicht einfach zur Tagesordnung übergehen und behaupten, dass die sozialen Akteure einmal

instrumentell handeln und sich den neuen gesellschaftlichen Bedingungen anpassen und ein anderes Mal in ihren sozialen Dispositionen gefangen bleiben, es sei denn, es ließe sich eine theoretische Begründung anbieten, weshalb in bestimmten Situationen die einen so handeln, die andern anders oder beides zugleich tun.

Eine adäquate Theoretisierung der politischen Kultur muss also zwei sich anscheinend widersprechende Beobachtungen miteinander versöhnen:

1. Gesellschaftsstrukturen und Kulturen reproduzieren und decken sich wechselseitig. Mit anderen Worten, die subjektive Ausrichtung eines Menschen korrespondiert in der Regel mit den objektiven Bedingungen, denen er ausgesetzt ist.
2. Obwohl sich Kulturen – wie auch die sie begleitenden Strukturen – normalerweise nur allmählich über lange Zeiträume entwickeln, lassen sich gelegentlich radikale Entwicklungsschübe nachweisen und manchmal sogar in viel kürzerer Zeit, als strukturelle Veränderungen in der Regel benötigen.

Wir haben es also mit einem grundlegenden Widerspruch zu tun zwischen einerseits Stabilität und Kongruenz, andererseits Divergenz und Autonomie von Gesellschaftsstruktur und Kultur. Der Schlüssel zur Erklärung dafür, wie sich diese entgegengesetzten Aussagen miteinander vertragen, liegt in der Tat in den sich widersprechenden Komponenten einer Kultur. Denn wie meine empirischen Forschungen über die ostdeutsche politische Kultur unter dem „real-existierenden“ Sozialismus und unter dem spät- bzw. postmodernen Kapitalismus gezeigt haben, baut sich jede Kultur auf einer Reihe von gleichzeitig *systemtragenden* und *systembedrohenden* Widersprüchen auf.

Wie bedeutsam sich kulturelle Konflikte für meinen theoretischen Ansatz erweisen sollten, wurde mir gleich zu Anfang meiner 1990 bis 1991 durchgeführten Untersuchung klar, als ich nämlich die Ergebnisse zu ordnen versuchte. Die Antworten auf die rückblickenden Fragen, die den DDR-Alltag vor dem Fall der Mauer betrafen, zeigten eine Gesellschaft, die ein sehr labiles Gleichgewicht hielt zwischen den positiven Werten wie Bescheidenheit, Solidarität und sozialer Gleichheit auf der einen Seite und den negativen Werten wie Konsumfrust, soziale Abhängigkeit und politische Ungleichheit auf der anderen. Es herrschte also Zufriedenheit über die mittelmäßigen, allerdings stets vorhersagbaren Annehmlichkeiten des Lebens, die den Frust für die unerfüllten Konsumansprüche in einer unrentablen Wirtschaft leidlich kompensieren halfen. Es existierte ein soziales

7 Für eine kritische Einführung, vgl. Donald Green/Ian Shapiro, *Pathologies of Rational Choice Theory*, New Haven 1995.

8 Vgl. z. B. Harry Eckstein, *A Culturalist theory of Political Change*, in: *American Political Science Review*, 82, 3 (1988), S. 789–804.

Netz gegenseitiger Hilfe und Geselligkeit in weitgehend geschlossenen Kreisen als Ausgleich für das öffentliche Misstrauen und das Abhängigsein von weit verbreiteter Vetternwirtschaft zur Sicherung minimalsten Wohlbefindens. Außerdem überdeckte die Gleichstellung des Lebensstandards in allen Teilen des Landes und der Gesellschaft nicht nur die Eintönigkeit des Lebens, sondern verschleierte auch den Missbrauch politischer Privilegien. Tatsächlich lässt sich sagen, dass die soziale Gleichheit vielleicht den bedeutsamsten Wert auf der Skala der DDR-Ethik ausmachte, weil sie die *Conditio sine qua non* für eine bescheidene und solidarische Lebensführung verkörperte und den einzigen weitgehend umgesetzten Wert einer mit sozialistischen Vorzeichen operierenden Partei darstellte, die sich eben dadurch teilweise legitimieren konnte.

Im Spiegel dieser Ergebnisse zog ich die Schlussfolgerung, dass die relative Stabilität der DDR-Gesellschaft bis in die späten achtziger Jahre auf einem labilen Gleichgewicht beruhte bzw. auf der leicht positiven Bilanz, die sich aus dem Abwägen der erfüllten und versagten Ansprüche ergab. Dieser Zustand änderte sich jedoch Ende der achtziger Jahre zusehends, als sich schleichende und zunächst relativ unbedeutende strukturelle Veränderungen abzeichneten und das nur sehr schwach ausbalancierte Wertesystem von Gleichheit, Solidarität und Bescheidenheit mehr und mehr zum Kippen brachten. Das führte in kürzester Zeit zu kulturellen Irritationen und zu Unzufriedenheit, die wiederum ursächlich für den Massenprotest und die Lähmung der Parteiführung sowie ihren ausbleibenden Widerstand war. Einige der strukturellen Veränderungen seien stichwortartig genannt: wirtschaftliche Stagnation, erleichterte Reisebedingungen, neue Privilegien der Funktionäre, aber auch abweichende Meinungen in der Spitze der Nomenklatura⁹.

Diese durch meine Interviews inspirierte Deutung des Zusammenbruchs der DDR mag empirisch plausibel klingen, doch bleibt die Frage, ob sie, verallgemeinert gesehen, eine brauchbare theoretische Grundlage bietet, um die Kulturrevolution zu verstehen, die sich seit 1990 beobachten lässt. Tatsächlich korrespondierte mein Rückgriff auf kulturelle Widersprüche zur Erklärung des Umsturzes mit Antonio Gramscis Gebrauch des Begriffs „widersprüchliches Bewusstsein“ in seiner Theorie der kulturellen Hegemonie¹⁰. In Gramscis Überarbeitung des marxistischen Strukturalismus

9 Vgl. L. McFalls (Anm. 1).

10 Für eine gute Einführung in die nicht ganz durchsichtigen Gefängnisschriften von Gramsci, vgl. Chantal Mouffe (Hrsg.), Gramsci and Marxist Theory, London 1979.

hängt die soziale Stabilität nicht nur von der Fähigkeit einer bestimmten gesellschaftlichen Klasse ab, andere Klassen strukturell zu beherrschen, sondern auch davon, ob eine bestimmte Schicht in der Lage ist, andere kulturell zu lenken oder von den beherrschten Teilen der Gesellschaft eine Form des Einvernehmens hinsichtlich der kulturellen Vorreiterrolle zu erhalten. Um diese kulturelle Hegemonie wirksam, das heißt systemstabilisierend, zu etablieren, genügt es nicht, die untergeordneten Klassen zu indoktrinieren und ihnen das gewünschte Bewusstsein anzuerziehen. Ganz im Gegenteil muss ihnen erlaubt sein, ihre eigenen Interessen zu artikulieren, wenn auch nur auf eine Art und Weise, welche die bestehenden Strukturen nur unwesentlich zu diesen in Widerspruch setzt. Die Möglichkeit der Artikulation sich widersprechender Interessen legitimiert die bestehende Ordnung und hält sie gleichzeitig offen für Reformen. Die Existenz eines Organisationsprinzips oder besser: eines Hegemonieprinzips, aus dem sich Werte und Bedeutungen scheinbar unabhängig und offen formulieren, bewahrt den kulturellen Zusammenhalt trotz abweichenden oder widersprüchlichen Bewusstseins. Letzteres hält die Gesellschaftsstruktur anpassungs- und reaktionsfähig, liefert jedoch auch den Keim für bedeutsame hegemoniale Gegenbewegungen bis hin zu Kulturrevolutionen.

Im Falle der DDR bestand das Hegemonieprinzip aus der „führenden Rolle der Partei“. Im zeitgenössischen Kapitalismus ist das Hegemonieprinzip fast ebenso offensichtlich wie in der staatssozialistischen Gesellschaft. Der Konsum (Englisch: consumerism), d. h. die ständig wachsende Befriedigung (und Weckung) materieller Bedürfnisse, integriert den Einzelnen in einen ungleichen, ökologisch unhaltbaren Produktionsapparat und in eine Gesellschaftsordnung, die beide kritisiert werden dürfen. Diese Kritik wirkt aber zumindest teilweise systemtragend, weil sie – dem Hegemonieprinzip entsprechend – die Ungleichheit oder die zukünftige Sicherung der Konsummöglichkeiten in Frage stellt, aber dadurch stärkt sie den Konsum als Grundwert. Wie ich bereits dargelegt habe, partizipieren die Neubundesbürger ohne Abstriche an der postindustriellen kapitalistischen Konsumgesellschaft mit all ihren impliziten Widersprüchen, seien diese nun stabilisierend oder potentiell revolutionär. Doch ist die Frage, wie es dazu kam, immer noch nicht ganz beantwortet.

Gramscis Theorie der kulturellen Hegemonie bietet eine Erklärung für die Frage, wie kultureller Wechsel erfolgt. Hegemonie beschreibt ein diskursives, dialogisches Verhältnis, in dem ein dominanter Gesprächspartner keine Meinung aufdrängt, sondern „vorschlägt“. Indem der dominierte Part-

ner seine eigene Position als Antwort auf den Vorschlag formuliert, bewegt er sich in dem vorgegebenen Rahmen und beschäftigt sich mit all jenen Zwängen, die der andere ihm indirekt diktiert. Obwohl ungleich, konkurrenzfördernd und in der Regel mit offenem Ende produziert der Folgedialog dennoch im Grundsatz übereinstimmende Meinungen und Werte und macht auf diese Weise den gesellschaftlichen Austausch möglich, während gleichzeitig die dominanten Strukturen legitimiert und gestützt werden. Weil diese relative Übereinstimmung kultureller Werte aus einer Streitkultur entwickelt wurde, lässt sich nicht sagen, dass der Konsens aus der Gesellschaftsstruktur herrührt bzw. durch sie determiniert ist. Tatsächlich zeigt geschichtliche Erfahrung, dass eine gegebene Gesellschaftsordnung, sei es ein liberaler Kapitalismus, sei es ein staatssozialistisches Modell, mit kultureller Vielfalt kompatibel ist und verschiedene Entwicklungspotentiale und revolutionäre Keime in sich birgt. So gesehen müssen wir den gesellschaftlichen Dialog zwischen dominanten und untergeordneten Gruppen rekonstruieren, um den kulturellen Wechsel und seine verschiedenen Ausdrucksformen zu verstehen, die dieser hervorruft.

Im Falle Ostdeutschlands markierte die Währungsunion vom 1. Juli 1990 jenen Zeitpunkt, der die kulturelle Angleichung an eine radikal neue Gesellschaftsordnung unvermeidlich machte. Die Einführung westdeutscher Gesellschaftsstrukturen legte jedoch keineswegs fest, wie diese kulturelle Angleichung im Einzelnen auszusehen habe. Stattdessen prägten die ziemlich unabhängig geführten kulturellen Auseinandersetzungen, die nahezu schlagartig zwischen Ost- und Westdeutschen ausbrachen, das Procedere der Anpassung an die neue Gesellschaftsordnung. Noch vor dem offiziellen Zusammengehen der beiden Staaten im Herbst 1990 brach in aller Öffentlichkeit ein regelrechter Kulturkrieg aus: Schriftsteller aus dem Westen wandten sich gegen Christa Wolf, die sie früher als Dissidentin mit Laudationes überschüttet hatten, und klagten sie nun an, die Staatsdichterin des Stasistaates gewesen zu sein. Im privaten Bereich kam es zu Aufregungen, weil die „Ossis“ den Inhalt der einst so geschätzten „Westpakete“ ihrer Verwandten nun etwas anders bewerteten. Umgekehrt beschwerten sich die „Wessis“ darüber, dass sie für den alten und neuen Material- und Kapitaltransfer nichts als Undank ernten würden. Mit Hilfe der Interviews wurde mir sehr schnell klar, dass ironischerweise gerade die kulturellen Konflikte und die Missverständnisse, welche die Freude über die Einheit zu verderben schienen, für den dialektischen Mechanismus sorgten, der die rasche kulturelle Integration

der „Ossis“ in den deutschen Konsumkapitalismus betrieb.

In jeder der drei Befragungsrunden schürfte ich nach dem Verhältnis der „Ossis“ zu den „Wessis“ und interessierte mich dafür, mit welchen Augen die einstigen DDR-Bürger ihre Landsleute im Westen sahen. Überall förderten meine Fragen Stereotypen zu Tage, die auch umfangreichere Studien bestätigten: Die Westdeutschen wurden als arrogant und besserwisserisch – als „Besser-Wessis“ – geschildert, es wurde behauptet, sie verkörperten mehr Schein als Sein, während die Ostdeutschen sich selbst als anpassungsfähig und improvisationsfreudig darstellten und vorgaben, dass es ihnen nur an den nötigen Selbstdarstellungstechniken mangle. Ergänzende Fragen erlaubten mir jedoch einen Blick hinter die Kulissen. So banal es klingen mag, aber die Antagonismen zwischen „Ossis“ und „Wessis“, die meine Gesprächspartner beschrieben, schienen den Baustein einer posthumer DDR-Identität gestiftet zu haben. Diese Konstruktion von Identität verlangt immer die Konfrontation mit dem und die Abgrenzung vom andern. So gesehen konnte nur die deutsche Einheit vollenden, was vorher nicht gelungen waren: das Schmieden einer selbstständigen und selbstbewussten DDR-Identität. Denn das plötzliche und uneingeschränkte Zumuten einer neuen Gesellschaftsordnung schuf in vorher nicht gekanntem Ausmaß allgegenwärtige und unzweideutige Begegnungen und rief bei den Betroffenen ebenso eindeutige Konflikte zwischen den Werten, Normen und Deutungsebenen der ehemals getrennten Wege gehenden Kulturen hervor. Diese Konflikte, so berichteten meine Interviewpartner, nahmen gelegentlich persönliche und sehr konkrete Formen an, wenn etwa ein Firmenchef oder Beamter aus dem Westen „importiert“ wurde. Die Befragten gaben jedoch im Großen und Ganzen zu, dass sich ihre Beschwerden nicht auf die „Wessis“ bezogen, die sie persönlich kennen gelernt hatten. Vielmehr half das Konstrukt eines verachtenswerten „Wessis“ dem Neubundesbürger, seine Frustrationen darüber zu artikulieren, dass ihm ein Gesellschaftssystem von einer privilegierten Gruppe, wenn nicht gar gesellschaftlichen Klasse zu Herrschaftszwecken übergestülpt wurde. Mit anderen Worten: Der „Wessi“ dient dem „Ossi“ als konkretes, buchstäblich greifbares Symbol für Hegemoniestreben, das letzterem umso mehr erlaubt, den Status des offensichtlichen Beherrschenseins nur mit Widerspruch und Gegenwehr zu akzeptieren.

Gramscis Theorie zufolge stellt diese Initialzündung einer selbstständigen, unabhängigen Identität in Opposition zur Dominanz des Westens einen notwendigen Schritt dar, damit der Einzelne sich in den neuen Gesellschaftsstrukturen aufgehoben

fühlt. Er erleichtert sich dadurch die Akzeptanz einer hierarchischen Struktur, in der er primär schlechter abschneidet als sein Konkurrent im Westen. Dieses Paradox wird noch klarer, wenn wir uns die typischen Stellungnahmen auf meine Fragen näher anschauen, in denen Animositäten gegenüber dem „Wessi“ geäußert wurden. „*Wir mussten die Kosten des Krieges ganz alleine tragen*“, hieß es, und „*Wir mussten auch die ganze Zeit harte Arbeit leisten, allerdings unter viel schlechteren Bedingungen*“ und weiter „*Warum sollten wir für dieselbe Arbeit schlechter bezahlt werden?*“ Ein anderer Gesprächsteilnehmer fasste die ganze Identitätsfrage in folgendem Widerspruch zusammen: „*Klar doch sind die Westdeutschen anders als wir, trotzdem sind wir Deutsche wie sie.*“ All diese Aussagen reklamieren Anerkennung, gleiche Rechte und Respekt. Durch solches Streiten für Gleichbehandlung setzen Ostdeutsche ihre untergeordnete Bedeutung voraus und akzeptieren gleichzeitig die Werte und Nor-

men der dominanten Gesellschaft. Sie meinen, sie seien genötigt, länger und härter zu arbeiten, flexibler zu sein und verlangen deshalb im Austausch ebenso deutlich, wenn nicht gar in exzessiverer Ausprägung, die Befriedigung ihrer Konsumbedürfnisse.

Verkürzt gesagt haben gerade das Konkurrenzgebaren und die dialogischen Spannungen zwischen Ost und West für die Ausweitung der hegemonialen westdeutschen Kultur gesorgt und zwar, wie ich teilweise zu skizzieren versuchte, dergestalt, dass der Osten heute möglicherweise die unverfälschtere Variante dieser Kultur darstellt. Unabhängig davon, wie die normative Bewertung deutscher Kultur in ihrer west- und ostdeutschen Spielart ausfallen mag, bleibt, wie ich meine, die Tatsache bestehen, dass der Einigungsprozess bereits abgeschlossen ist. Die Behauptung, Deutschland durchlebe zehn Jahre nach der Einheit eine Kulturkrise, ist nichts weiter als eine Fiktion.